



Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Kommunikation, Presse, Öffentlichkeit

16.01.2002

**Antrittsrede der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des
Freistaates Thüringen,**

**Frau Professor Dr.-Ing. habil. Dagmar Schipanski,
anlässlich der Übernahme der
Präsidenschaft der Kultusministerkonferenz**

**am 16. Januar 2001
im Sekretariat der Kultusministerkonferenz in Bonn**

Sperrfrist: 16. Januar 2002, 12.00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort -

Zeichen: GSZ1
Telefon: 611
Telefax: 608
mail: Presse@kmk.org

Sekretariat der
Kultusministerkonferenz
Lennéstraße 6
53113 Bonn

Postanschrift:
Postfach 2240
53012 Bonn

Telefon:
(0228) 501-0
Telefax:
(0228) 501-777

Internet:
www.kmk.org

Berliner Büro
im Wissenschaftsforum
am Gendarmenmarkt
Markgrafenstraße 37
10117 Berlin

Telefon:
(030) 25418-400
Telefax:
(030) 25418-451

Vielen Dank, Herr Generalsekretär, für Ihre freundliche Begrüßung. Auch ich begrüße Sie, sehr verehrte Damen und Herren, ganz herzlich, ganz besonders aber Sie, sehr verehrte Frau Kollegin, liebe Frau Dr. Schavan.

Während Sie, liebe Frau Schavan, in Ihrem Lande schon fünf Amtsvorgänger hatten, übernimmt das Land Thüringen zum ersten Mal die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz. Ich freue mich auf diese interessante Aufgabe und nehme die neue Herausforderung gerne an – in einer Zeit, da unser Bildungswesen vor tiefgreifenden Veränderungen steht und sich eines öffentlichen Interesses erfreut, wie wir es schon lange nicht mehr erlebt haben. „Kommt, lasst uns unseren Kindern leben“ steht an einem Gebäude in einem Thüringer Dörfchen, Griesheim, durch das ich auf dem Weg nach Erfurt fast täglich gefahren bin. In diesem Hause hat Fröbel 1816 die erste „Allgemeine Deutsche Erziehungsanstalt“ gegründet. Weltweit bekannt wurde er dann durch die Stiftung des ersten „Allgemeinen Deutschen Kindergartens“ in Bad Blankenburg 1840. In meiner Heimat, in Thüringen, ist Fröbels Gedankengut noch heute allgegenwärtig und dieses Wort, das auf Fröbels Sonntagsblättern stand, war für mich in meinem persönlichen Leben bei der Erziehung meiner eigenen Kinder Richtschnur und gilt für mich um so mehr, seit ich mich mit Hochschul-, Wissenschafts- und Bildungspolitik intensiv befasse.

Diese einfache Maxime: „Kommt, lasst uns unseren Kindern leben“ ist heute von gleicher Bedeutung wie in der Zeit, als Fröbel sie formulierte. Sie erscheint mir angesichts der Ergebnisse der PISA-Studie aktueller denn je. Wir können von der jungen Generation nur so viel erwarten, wie wir selbst bereit sind, ihr zu geben, zu vermitteln und vorzuleben. Also ist das Ergebnis der PISA-Studie ein Signal für die ganze Gesellschaft, nicht nur für uns Bildungspolitikern. Die Gesellschaft muss erkennen, dass die Innovationsfähigkeit unseres Landes eine Aufgabe für jeden von uns ist und nicht durch neue Regeln, Regulierungen, Maßnahmen oder neue Umverteilungsmechanismen in die Anonymität verwiesen werden kann. Vermittlung und Erforschung von Natur, Technik sowie gesellschaftlichen und geistigen Zusammenhängen sind lebensnotwendig für die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Weiterentwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren,

wir leben heute in der Wissensgesellschaft, über deren Definition schon viel philosophiert worden ist. Ich möchte mich nicht in die Reihe derer einordnen, die sich in dieser Definition versuchen. Ich möchte einfach einige Charakteristika aufzählen, die sich heute schon abzeichnen:

- Alle 5 – 7 Jahre verdoppelt sich das weltweit verfügbare Wissen.
- Jeden Tag erscheinen mehr als 20.000 wissenschaftliche Publikationen.

- Es arbeiten zur Zeit weltweit so viel Wissenschaftler wie die Anzahl der Wissenschaftler der letzten 2000 Jahre zusammengenommen.
- Eine Tageszeitung enthält heute mehr Informationen, als ein Mensch im 13. Jahrhundert in seinem ganzen Leben aufgenommen hat.
- Die Wachstumskurve des Wissens ist eine Exponentialfunktion.
- Wissen ist weltweit verfügbar und jederzeit an jedem Ort abrufbar im Internet. Die Raum-Zeit-Distanz ist damit aufgelöst.

Das sind die bekannten, berechenbaren, analysierbaren Daten. Wie kann man diese Daten zur wissenschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Ressource eines Landes machen, sie als Chance und nicht als Bedrohung begreifen? Das ist die derzeit vordringliche Aufgabe bei der Gestaltung unserer Zukunft, und das ist die wesentliche Herausforderung an unser Bildungssystem.

Hinzu kommt die Betrachtung des Begriffes „Globalisierung“, denn unsere Zeit ist eben sowohl durch die exponentielle Zunahme von Wissen als auch durch die Globalisierung gekennzeichnet.

Ich selbst war bis 1990 von real existierenden Grenzen, Mauern und Schranken umgeben und spreche heute von einer globalisierten Welt. Gibt es diese Globalisierung heute wirklich? Oder ist es nur eine Fiktion? Letztendlich liegen die 5 Kontinente ja schon seit Jahrtausenden auf diesem Erdball, und wir können sie seit unserer Kindheit mit dem Finger auf dem Globus nachzeichnen.

Sie erfahren die Tatsache der Globalisierung deutlich, wenn Sie heute als Wissenschaftler oder Politiker mittelständische oder große Unternehmen unseres Landes besuchen, um über Forschungsaufträge, über die Durchführung eines Fachpraktikums von Studenten oder über politische Herausforderungen zu sprechen.

So beginnt die gemeinsame Veranstaltung mit der Projektion einer Weltkarte, die an die Wand geworfen wird, und Ihnen wird erläutert, in welchem Land auf der Erde sich Niederlassungen, Vertriebsagenturen, Produktions- oder Forschungsabteilungen befinden. Es wird Ihnen erklärt, wie viele Mitarbeiter im In- oder Ausland tätig sind und welche Produktpalette zu welchem Absatzgebiet oder Produktionsgebiet auf der Welt gehört. Nicht selten werden wir per Computer sofort mit Mitarbeitern in Asien, Amerika oder Australien verbunden, um Detailfragen zu besprechen.

Man denkt und handelt global, auch wenn der Firmenname sich für uns noch mit typisch „deutschem“ Image wie Beständigkeit, deutscher Wertarbeit unter „Made in Germany“ oder sozialer Verantwortlichkeit der Unternehmen für den Arbeitnehmer

verbindet wie bei Zeiss oder Siemens.

Dabei ist, wie wir feststellen, die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft die Konsequenz des derzeitigen Integrationsprozesses der Weltmärkte zu einem Weltbinnenmarkt. Globalisierung bedeutet für den Unternehmer internationale Arbeitsteilung, für uns Politiker Wettbewerbsfähigkeit nationaler Systeme und Standortoptimierung.

Für den Einzelnen bedeutet es, sich in diesen veränderten Bedingungen zu orientieren, zu behaupten und sie selbständig mit zu gestalten. Jedes Mitglied der Gesellschaft braucht deshalb auch Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und den Mut, die eigenen Angelegenheiten stärker selbst in die Hand zu nehmen, sie nicht dem Staat oder der Gesellschaft zu überlassen. Erfolge im globalen Wettbewerb hängen von der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft jedes Einzelnen ab, aber auch von einem sozial verantwortlichen und gemeinwohlorientierten Leistungsprinzip in den staatlichen Systemen.

Meine Damen und Herren,

wir stehen vor vielfältigen Herausforderungen, die nicht nur das Bildungssystem betreffen, sondern viele gesellschaftliche Bereiche.

Aber es zeigt sich auch, dass die Veränderung des Bildungs- und Forschungssystems eine Voraussetzung für die gesamt-gesellschaftliche Wandlung ist. Bei der grundsätzlichen Neuorientierung ist aber auch ein Grundverständnis notwendig, das nicht vorschnell wettbewerbsbewährte Grundlagen und Prinzipien unseres Bildungssystems in Frage stellt, sondern die vorhandenen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in innovativer Weise erkennt, analysiert und ausschöpft.

Die explosionsartige Zunahme des Wissens erfordert, Schülern und Studenten eine ausreichende, gut fundierte Fach- und Methodenkompetenz zu vermitteln, mit der sie in der Lage sind, die Fülle des Wissens und seine Veränderungen während ihres ganzen Lebens zu bewältigen. Das heißt, die junge Generation muss befähigt sein, die Menge der Informationen zu bewerten und sie zu eigenem Wissen zu verarbeiten. Sie muss aber ebenso imstande sein, lebensbegleitend Neues zu erlernen, zu erfahren und für sich selbst nutzbar zu machen.

Hubert Markl, der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, charakterisiert unsere Zeit in folgender Weise:

„Der Weg von der Mediengesellschaft zur Wissensgesellschaft ist der Weg von der Information zur Bedeutung, von der Wahrnehmung zum Urteil. Wissen macht

handlungsfähig. Zuverlässige Informationen sind die Voraussetzung dafür. Aber erst die bedeutungsgerechte Beurteilung erweckt sie zum Leben“.

In Zukunft wird somit der Vermittlung und der Aneignung von Methoden, von Denkstrukturen, von Logik eine besondere Bedeutung zukommen. Man muss in der Lage sein, neue Informationen in seine eigenen „Denkstrukturen“ einzuordnen und sie mit eigenen Methoden weiter zu verarbeiten, so dass daraus neue Erkenntnisse, neue Forschungsergebnisse oder neue Produkte entstehen können.

Detaillkenntnisse nehmen einen anderen Platz ein; sie werden in Datenbanken auf Abruf gesammelt und gespeichert. Medienkompetenz bedeutet eben nicht allein die technische Fähigkeit und Fertigkeit, mit dem Computer umzugehen. Es bedeutet vielmehr, mit der angebotenen Informationsflut umgehen zu können. Eine Information an sich ist ohne Wertigkeit, sie muss bewertet werden und zu eigenem Wissen „veredelt“ werden. Das kann nur der Mensch. Und nur Wissen befähigt den Menschen, kreativ und innovativ zu sein.

Deshalb müssen wir uns der Frage stellen, ob eine Informationsgesellschaft immer auch zugleich eine informierte Gesellschaft ist. Der freie Informationsfluss führt zu einem Paradoxon: Wir verfügen über alle Informationen der Welt. Die neuen Medien transportieren sie in Echtzeit an jeden Ort. Bei einigen mag das die Illusion eines Wissensparadieses hervorrufen. Doch aus der Informationsflut kann schnell eine Wissensdürre werden, wenn die Fähigkeit des Auswählens und Bewertens nicht beherrscht wird.

Medienkompetenz bedeutet also, aus der Fülle der Informationen die gültige Nachricht für den Einzelnen oder auch die für die Erfüllung einer Aufgabe notwendigen Details herauszusuchen. Das setzt neue Vermittlungsformen für Ausbildung und Lehre voraus, ebenso den Grundkonsens über notwendiges Grundwissen. Das ist die eigentliche Herausforderung für Schule und Hochschule.

Zugleich lösen sich heute die wissenschaftlichen Entwicklungen immer stärker aus den gewohnten fachlichen und disziplinären Grenzen. Das Neue entsteht häufig nicht in den Kernbereichen der Fächer und Disziplinen, sondern in ihren Randbereichen bzw. zwischen den Fächern und Disziplinen. Diese Tatsache führt zu neuen Fächer- und Disziplinenbildungen wie der Bioelektronik, der Neuropsychologie oder der Medieninformatik.

Erforderlich ist hierbei das problembezogene Zusammenführen unterschiedlicher fachlich-methodischer Kompetenzen zur Bearbeitung von wissenschaftlich-technischen Fragestellungen. Dabei ergibt sich die Problemstellung häufig nicht nur aus der Erkenntnisentwicklung einzelner wissenschaftlicher Bereiche, sondern aus dem gesamten gesellschaftlichen, ökonomischen, ökologischen und technologi-

schen Umfeld.

Lassen Sie mich als Beispiel die Kommunikationstechnik nennen:

Hier müssen Ingenieure, Pädagogen, Kommunikationswissenschaftler, Psychologen und Philosophen zusammenarbeiten, um wissenschaftlich-technische Entwicklungen nicht nur zu ermöglichen, sondern auch rechtzeitig vorausschauend in ihren Konsequenzen zu erkennen.

Für die Ausbildung der Schüler und Studenten bedeutet dies auf der einen Seite die Notwendigkeit, in einer Disziplin zu Hause zu sein und deren Denkweise, Logik, Methodik und Arbeitsweise zu beherrschen. Auf der anderen Seite müssen sie aber auch in der Lage sein, sich in andere Disziplinen „einzudenken“, um mit deren Vertretern zu kommunizieren.

Soziale Kompetenzen wie Teamfähigkeit, Integrationsfähigkeit, Integrationswille und vernetztes Denken werden von entscheidender Bedeutung für den beruflichen Erfolg der Schülergeneration von heute sein.

Meine Damen und Herren,
sind unsere Schulen auf diese Herausforderungen ausreichend vorbereitet?

Im Dezember hat das verhältnismäßig schlechte Abschneiden von Schülerinnen und Schülern an deutschen **Schulen** im Rahmen der PISA-Studie für großes Aufsehen gesorgt und allen an Bildung Beteiligten deutlich aufgezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, die zentralen Befunde noch einmal zu wiederholen - sie sind aus der Berichterstattung und der täglichen Diskussion weitgehend bekannt. Die Kultusministerkonferenz als Auftraggeberin der Studie hat schnell reagiert: Sie hat bereits einen Tag nach der offiziellen Bekanntgabe der Ergebnisse die zentralen Handlungsfelder definiert, in denen sie vorrangig tätig sein will, um zur Qualitätsverbesserung im deutschen Schulwesen beizutragen. Patentlösungen gibt es angesichts der Komplexität der Materie nicht, auch warne ich vor vordergründigen Strukturdiskussionen; wir brauchen differenzierte Antworten auf der Basis sorgfältiger Analyse und eine breite bildungspolitische Diskussion aller Beteiligten. Die Kultusministerkonferenz führt dazu in der ersten Jahreshälfte eine Reihe von Veranstaltungen durch, um mit Wissenschaftlern, Lehrer-, Eltern- und Schülerverbänden, Vertretern der Wirtschaft und Experten der Lehreraus- und -fortbildung in einen intensiven Dialog zu treten. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die Ursachen für Unterschiede zu klären, aus Vergleichen zu lernen und die notwendigen bildungspolitischen Konsequenzen zu ziehen.

Vorrangig wird uns vor allem die Frage beschäftigen, auf welchem Wege Bildung in einer spaß- und konsumorientierten Gesellschaft wieder attraktiv werden kann. Wir brauchen – das hat meine Vorgängerin deutlich betont, und ich kann es nicht eindringlich genug wiederholen – eine neue Lernkultur mit einer Bereitschaft zur Anstrengung und Leistung.

Die Länder werden hierzu in den nächsten Wochen und Monaten Ideen und Konzepte entwickeln – ich freue mich auf einen regen Austausch in den Plenarsitzungen unter meiner Präsidentschaft. Neue Erkenntnisse und Impulse wird uns sicher die für den Sommer erwartete Auswertung der nationalen Ergänzungsstudie bringen, die weitere 50.000 Schülerinnen und Schüler getestet hat und Aussagen über die Ergebnisse in einzelnen Ländern und Schulformen zulässt. Auch mit diesen Daten werden wir fair und im Dienste unseres gemeinsamen Ziels, unser Bildungswesen nachhaltig zu verbessern, umgehen. Ich erwarte auch ein faires Umgehen mit diesen Ergebnissen von den Medien, denn nur objektive Betrachtungsweise ist die Grundlage für konstruktive Lösungen. Gegenseitige Schuldzuweisungen sind keine Lösung. Ich habe in meinen einleitenden Worten versucht, deutlich zu machen, wie gravierend die derzeitigen gesamtgesellschaftlichen Veränderungen sich auf die Bildungsinhalte auswirken.

Deshalb liegt auch eine Schlüsselrolle der Zukunft in der Umgestaltung der Lehrerbildung. Eine Konzentration auf Didaktik ist in Forschung und Lehre unerlässlich, ebenso eine Verstärkung der schulwissenschaftlichen Bezüge. Hier kommt auch der Zusammenarbeit von Universitäten und Hochschulen mit außeruniversitären Instituten eine besondere Rolle zu.

Die Erstausbildung der Lehrer sollte praxisnäher erfolgen und Weiterbildung in regelmäßigen Zeitabständen obligatorisch angeboten werden. Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass der Wissenschaftsrat nachdrücklich eine Baccalaureus- und Magisterausbildung für Lehrer empfiehlt. Dazu wurde ein BLK-Modellversuch von der Universität Erfurt beantragt.

Notwendig ist aber auch ein gesellschaftliches Umdenken: Der Lehrerberuf leidet unter einem eher schlechten Image. Die Kultusministerkonferenz wird ihre Bemühungen um eine Erhöhung von Akzeptanz und damit Attraktivität dieses anspruchsvollen Berufs fortsetzen und hofft dabei auf die Mitwirkung der Medien.

Die **Hochschulen** stehen nicht nur in Bezug auf die Lehrerbildung vor neuen Herausforderungen, sondern sie sind mit ihrem gesamten Forschungs-, Aus- und Weiterbildungspotential entscheidende Pfeiler der neuen Wissensgesellschaft.

Sie wirken auf Wirtschaft, Gesellschaft und öffentliche Verwaltung. Damit sind sie stark in den Prozess globaler Veränderungen eingebunden. Dies ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben, halte ich für eine wesentliche Aufgabe der Wissenschaftspolitik. Den Hochschulen muss es dabei gelingen, nicht nur in ihrer originären Zuständigkeit wahrgenommen zu werden, sondern auch als kompetente Zentren geistiger Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit.

Meine Damen und Herren,

jede neue wissenschaftliche Erkenntnis bedeutet nach Hubert Markl „Gestaltungsfreiheit in eigener Verantwortung“. Das ist eine ungeheuere Herausforderung, nicht nur an die Wissenschaftler, sondern an die gesamte Gesellschaft.

Es liegt in der Gesamtverantwortung der Gesellschaft, nicht nur des einzelnen Wissenschaftlers, wie die wissenschaftlichen Erkenntnisse genutzt werden sollen, in welcher Richtung die Forschung betrieben werden soll. Dabei hat der Wissenschaftler das Recht und die Pflicht zur Information der Gesellschaft, zur Information über Chancen und Risiken.

Deshalb halte ich es für angemessen, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Diskussion über die Stammzellenforschung in die Öffentlichkeit gebracht hat. Der Verlauf der Diskussion hat auch gezeigt, dass es Anstrengungen von den Wissenschaftlern erfordert, wissenschaftliche Erkenntnisse in allgemein verständlicher Sprache darzulegen, sie mit ihrem Für und Wider zu betrachten und sich der öffentlichen Auseinandersetzung zu stellen. Das erfordert eine neue Dimension wissenschaftlicher Arbeit, die von den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Zukunft geleistet werden muss. Das wird nirgendwo so deutlich wie bei der aktuellen Debatte um die Chancen und Risiken der Gentechnologie. Die Wissenschaft wird im Bereich der Humangenetik und Humangentechnologie immer mehr Fragen aufwerfen, die ethisch und politisch so gewichtig sind, dass sie in den öffentlichen Raum gehören und gesamtgesellschaftlich diskutiert werden müssen.

Die Stammzellendebatte zeigt uns, dass neue Forschungsergebnisse von Beginn an in ihren ethischen Dimensionen begleitet werden sollten. Dazu sind Universitäten geradezu prädestiniert, da sie alle Disziplinen von den Geisteswissenschaften bis zu Natur- und Technikwissenschaften in ihren Mauern vereinen. Wir sollten nicht abwarten, bis das erste Debakel auftritt, sondern von Anfang an eine ethische Begleitung und vorausschauende Betrachtung durchführen.

Nicht „Folgenabschätzung“ sondern komplexe Betrachtung von Chancen und Risiken sollten für die Wissenschaft im Vordergrund stehen.

Meine Damen und Herren,

seit Jahren erleben und gestalten die deutschen Hochschulen einen Reformprozess. Trotz weitreichender und tiefgreifender Veränderungen bestimmen jedoch noch immer Mangeldiskussionen und Defizitklagen die Nachrichten über Hochschulen, Lehrende und Studierende. Leistungsfähigkeit und -kraft der Hochschulen sollten verstärkt thematisiert werden. Im internationalen Kontext hat es die Konzertierte Aktion Bildungsmarketing übernommen, für die deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu werben und ihre Leistungen bekannter zu machen.

Wir sind uns aber sicher auch alle darin einig, dass die Hochschulen trotz wachsenden Engagements und Problembewusstseins noch zahlreiche Aufgaben zu bewältigen haben und dazu weiterhin der Unterstützung durch die Politik bedürfen. Ich will Ihnen einige Bereiche nennen, die mir besonders am Herzen liegen:

Nach der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes ist die Weiterbildung als ein Beitrag zum lebenslangen Lernen in der Wissensgesellschaft neben Forschung und wissenschaftlicher Erstausbildung eine der Kernaufgaben der Hochschulen. Die Praxis zeigt aber, dass die Hochschulen ihre Aufgabe, wissenschaftliche Weiterbildungsangebote zu entwickeln und anzubieten, noch nicht in ausreichender Weise wahrnehmen. Die Kultusministerkonferenz hat sich daher in ihrem Bericht vom September 2001 dafür ausgesprochen, die Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Weiterbildung zu verbessern und die Angebotsstruktur systematisch auszubauen. Sie hat eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, deren Umsetzung sie in diesem Jahr weiter verfolgen wird. Als Beispiele für solche Maßnahmen nenne ich den vollständigen Verbleib der für Weiterbildungsmaßnahmen erhobenen Entgelte und Gebühren bei den Hochschulen, die Honorierung der Leistungen der Hochschulen im Bereich der wissenschaftlichen Weiterbildung im Rahmen der Hochschulfinanzierung und die Beseitigung haushaltsrechtlicher Hemmnisse hinsichtlich der Beschäftigung zusätzlichen Personals aus den Einnahmen für Weiterbildungsangebote.

Verbesserung von Qualität und Erhöhung von Attraktivität im Hochschulwesen können auch durch Wettbewerb untereinander und damit einhergehender besonderer Profilierung erreicht werden.

Eine Hochschule kann sich z.B. dadurch profilieren, dass sie besondere Stärken im internationalen Maßstab gezielt ausbaut, herausragende Forschungsergebnisse in die Lehre transformiert oder das Angebot an den spezifischen Erfordernissen der Region orientiert. In diesem Zusammenhang ist es das Bestreben der Hochschulen, in größerem Umfang als bisher (derzeit ca. 20 % der Studienplatzkapazität)

zität) unter den Studieninteressenten selbst auswählen zu können. Diese Forderung wird von einer Reihe von Ländern unterstützt. Die Kultusministerkonferenz hat eine Amtschefsarbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, zur Stärkung des Selbstauswahlrechts der Hochschulen Stellung zu nehmen und ggf. Vorschläge zu erarbeiten. Dabei werden auch Überlegungen zur Zukunft der ZVS eine Rolle spielen, deren regionale Verteilungskriterien im Zeitalter der Globalisierung einer kritischen Reflexion bedürfen.

Meine Damen und Herren,

das Durchschnittsalter unserer Hochschulabsolventen liegt deutlich, zum Teil mehrere Jahre über dem unserer Nachbarländer. Es sind sicherlich verschiedene Maßnahmen notwendig, um dieses zu senken. Es muss aber erlaubt sein, offen darüber nachzudenken, wie das geschehen kann!

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das 12-jährige Abitur, das Thüringen und Sachsen erfolgreich praktizieren, ebenso an das Angebot gut strukturierter Studien- und Prüfungsordnungen für die einzelnen Studiengänge, die dazu führen, dass Thüringens Absolventen 22 – 24 Jahre alt sind und der größte Teil der Studenten einen Abschluss in der Regelstudienzeit erwirbt.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die baden-württembergische Studienreform aus dem Jahre 1997: Studenten, die mehr als vier Semester über die Regelstudienzeit hinaus studieren, sind dort zur Zahlung einer Studiengebühr verpflichtet. Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wollen nun bis zum Jahr 2004 ein ähnliches, allerdings deutlich großzügiger bemessenes Bildungsguthabenmodell verwirklichen.

Was die Finanzierung des Studiums anbelangt, so fällt auf, dass die Förderung durch Stipendien in Deutschland nicht sehr ausgeprägt ist. Zwar gibt es Stipendien von Seiten der Parteien, Kirchen, der Gewerkschaften und der Studienstiftung des deutschen Volkes, ebenso Förderprogramme der EU und des DAAD für Auslandsaufenthalte. Es ist jedoch meines Erachtens notwendig, das Stipendiensystem auf eine breitere Basis zu stellen. Dies kann durchaus unter Einbeziehung der Wirtschaft und anderer Organisationen geschehen.

Auch vor dem Hintergrund, dass über ein attraktives Stipendienwesen leistungsfähige Studenten aus dem Ausland für ein Studium in Deutschland gewonnen werden können, werde ich anregen, dass sich die Kultusministerkonferenz mit dieser Thematik befasst.

Die internationale Orientierung der deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandorts Deutschland von enormer Bedeutung. Im September 2003 wird in Berlin der

nächste europäische Bildungsministertreffen im Rahmen des Bologna-Prozesses unter deutschem Vorsitz stattfinden. In der Arbeitsgruppe „Bologna-Folgeprozess“ bereiten KMK, BMBF und HRK in einem ersten Schritt einen aktualisierten Sachstand zur Umsetzung der Bologna-Empfehlungen vor, insbesondere zur Mobilität, Qualitätssicherung und zum lebenslangen Lernen. Mitte 2002 werden die Vorbereitungen für das Kommuniqué der Berliner Konferenz beginnen. Deutschland setzt sich insbesondere für eine stärkere Verzahnung des Bologna-Prozesses mit der bildungspolitischen Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union ein. Den inhaltlichen Schwerpunkt werden Überlegungen zu europäischen Standards bei der Akkreditierung und zu europäischen Abschlüssen bilden.

Im Übrigen wurde in Deutschland bereits eine Vielzahl von Maßnahmen zur Internationalisierung ergriffen - detaillierte Auskunft darüber gibt regelmäßig der Bericht an die Regierungschefs von Bund und Ländern zur Internationalisierung des Studien- und Forschungsstandortes Deutschland. Aus dem umfassenden Katalog sind die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen und die Ausweitung des ECTS-Systems besonders hervorzuheben. Erste Erfahrungsberichte der Länder zur Praxis bei der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen zeigen, dass an den Hochschulen eine außerordentlich dynamische Entwicklung eingeleitet werden konnte. Sie zeigen aber auch, dass in einigen Einzelfragen Anpassungsbedarf besteht, um eine stärkere Berücksichtigung der notwendigen Rahmenvorgaben sowohl im Genehmigungsverfahren auf staatlicher Seite als auch im Rahmen der Akkreditierungs- und Evaluationsverfahren zu erreichen. Die Kultusministerkonferenz wird sich deshalb mit der Fortschreibung des Strukturbeschlusses von 1999 befassen.

Der Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen im Hochschulbereich kommt aus hochschulpolitischer Sicht nicht nur für die Stärkung der internationalen Ausrichtung des Studienangebots in Deutschland, sondern auch als Element der Studienstrukturreform große Bedeutung zu. So erhöht die mit den neuen Studiengängen verbundene Modularisierung der Studienangebote und die Einführung von Leistungspunkten die Transparenz von Lehre und Studium. Die gestuften Studiengänge bieten auch die Chance, die dringend erforderliche Verkürzung der Ausbildungszeiten zu realisieren. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die Bachelorstudiengänge so konzipiert werden, dass der erste Abschluss der Regelabschluss wird. Dies bedeutet, dass die Studiengänge konsequent berufsqualifizierend auszugestaltet sind. Zugleich muss die wissenschaftliche Erstausbildung die Grundlage legen für die Fähigkeit zu kontinuierlicher Erneuerung, Ergänzung und Erweiterung des erworbenen Wissens in einem hochschulinternen und -externen System lebenslangen Lernens. Das Erreichen dieser Ziele ist die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des neuen Graduiertensystems.

Neben dieser Einführung neuer, international kompatibler Studienstrukturen und -abschlüsse liegt auch **ein** Hauptakzent der Internationalisierung auf der stärker inhaltlichen Ausrichtung der Studiengänge an den Interessen und Bedürfnissen ausländischer Studierender. In dem DAAD-Programm „International ausgerichtete Studiengänge“ werden derzeit an Hochschulen 52 internationale Studiengänge, insbesondere in den Wirtschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften gefördert. Diese Studiengänge enthalten jeweils einen im Ausland zu absolvierenden Studienabschnitt und stehen deutschen wie ausländischen Studierenden offen. Internationalisierung heißt aber auch, dass es unseren Studenten in den normalen Studiengängen ohne Zeitverlust möglich sein muss, 1 bis 2 Semester im Ausland zu verbringen. Die Studienordnungen müssen durchgängig dementsprechend ausgerichtet werden und die Anerkennung der Abschlüsse muss gewährleistet werden. Das ist eine besondere Herausforderung an unsere Professoren, sich hier im Interesse der deutschen Studenten stärker international zu profilieren.

Zunehmend etablieren sich in Deutschland internationale Studiengänge mit doppeltem Abschluss, auch nimmt der Anteil fremdsprachiger Lehrangebote, insbesondere in den Ingenieurwissenschaften, der Informatik sowie den Wirtschaftswissenschaften/Management zu. Diese Entwicklung darf jedoch nicht dazu führen, dass deutsche Studenten in Deutschland nur noch auf Englisch studieren können. Sie sollten zwischen deutsch- und englischsprachigen Kursangeboten wählen können. Es muss nach wie vor gewährleistet sein, dass man die Grundausbildung auf Deutsch absolvieren kann: Komplizierte Zusammenhänge versteht man in der Muttersprache nun mal am Besten.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandorts Deutschland und seine Attraktivität für ausländische Studierende und hochqualifizierte Wissenschaftler sind ein gemeinsam von Bund und Ländern verfolgtes Anliegen. Um dies zu erreichen, sind insbesondere auch Verbesserungen der Aufenthaltsbedingungen und arbeitsrechtlichen Möglichkeiten für ausländische Studierende und Gastdozenten notwendig. Positive Ansätze in diese Richtung sehe ich in dem Gesetzentwurf zum Zuwanderungsgesetz, hier insbesondere in der Verfahrensvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung bei der Erteilung der Aufenthaltsbewilligung, in den Bestimmungen zu den Verdienst- und Arbeitsmöglichkeiten neben dem Studium, in der Erlaubnis studentischer Nebentätigkeit ohne zeitliche Einschränkung sowie durch die Perspektive auf eine Arbeitsmöglichkeit in Deutschland. Die Länder werden im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zu diesem Entwurf Stellung nehmen.

Besondere Aufmerksamkeit - und damit sei mir vorweg an dieser Stelle ein kleiner Exkurs in die Auswärtige Kulturpolitik gestattet - gebührt in diesem Zusammenhang dem deutschen Auslandsschulwesen. Es schafft beste - sprachliche und

fachliche - Voraussetzungen für ein Studium in Deutschland und gewährleistet zudem eine langfristige Bindung an Deutschland. Mit großer Sorge beobachten die Länder daher, dass das Auslandsschulwesen besonders unter den Mittelkürzungen zu leiden hat, die der Bund zur Konsolidierung der Staatsfinanzen vorgenommen hat. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Kultusministerkonferenz diese Sorge nachdrücklich gegenüber dem Bundestagsausschuss für Kultur und Medien vertritt und den Haushaltsausschuss des Bundestags um Unterstützung bittet.

Einer der wichtigsten **kulturpolitischen Schwerpunkte** des vergangenen Jahres, der uns auch in diesem Jahr beschäftigen wird, ist das Verhältnis der Kulturförderung von Bund und Ländern. Konkret meine ich damit die Position der Länder zur Einrichtung der vom Kulturbeauftragten der Bundesregierung vorgeschlagenen „Nationalstiftung für Kunst und Kultur“. Die Konferenz steht auf dem Standpunkt, dass eine allein vom Bund getragene Stiftung mit den bisher vorgesehenen Aufgaben auf verfassungsrechtliche Bedenken stößt. In einer gemeinsam getragenen Stiftung müssten alle Länder vertreten sein. Entscheidungen bedürften zumindest einer qualifizierten Mehrheit der Länderseite. Inzwischen ist die Stiftung von Bundesseite zunächst ohne Beteiligung der Länder gegründet worden. Weitere Schritte der Kultusministerkonferenz hängen nunmehr von der mit Spannung erwarteten Grundsatzentscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz im Frühjahr zur Frage der Entflechtung ab.

Angesichts der angespannten Haushaltslage von Ländern und Kommunen gestaltet sich die Finanzierung von Kultureinrichtungen oft sehr schwierig, eine Förderung aus privaten Mitteln ist aus der Praxis nicht mehr wegzudenken. Der Ruf nach vermehrten privaten Leistungen für die Kultur ist immer wieder von Kultur- wie Finanzpolitikern aller Parteien erhoben worden. So hat auch die Kultusministerkonferenz in ihrem grundlegenden Beschluss vom Februar 1997 begrüßt, dass mit den vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegten Grundsätzen für die ertragsteuerliche Behandlung des Sponsoring zusätzliche Anreize zur privaten Kulturförderung geschaffen wurden. Ziel ist es daher nach wie vor, das Klima für eine verstärkte Einwerbung privater Mittel zu verbessern, die Rahmenbedingungen für Spenden und Sponsoring zu erleichtern. Aus meiner Sicht sind hier bei Weitem noch nicht alle Möglichkeiten der Gesetzgebung ausgeschöpft, und der Bund steht in der Pflicht von Veränderungen.

Im Rahmen der **Bildungspolitik der EU** wird sich die Kultusministerkonferenz bei dem von den EU-Bildungsministern im Februar 2002 zu beschließenden künftigen EU-Arbeitsprogramm zur Verwirklichung von 13 bildungspolitischen Zielsetzungen bis 2010 für konkrete Arbeitsvorhaben einsetzen, die vor allem zwischen den europäischen Regionen und Staaten den Prozess wechselseitiger

Annäherung, Kooperation und Transparenz verstärken.

Inhaltliche Schwerpunkte des Arbeitsprogramms sind die Erhöhung der Qualität und Wirksamkeit der Bildungssysteme der EU, der erleichterte Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung für alle und die Öffnung der Bildungssysteme gegenüber der Welt. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass die nationalen Bildungssysteme nicht über ein Koordinierungsverfahren in einem europäischen System aufgehen. Vielmehr ist die Mannigfaltigkeit der Kulturen und Bildungstraditionen, die als kulturelles Erbe die bereichernde Vielfalt Europas ausmachen, zu sichern. Ziel der Bildungszusammenarbeit sollte ein effektiver Informations- und Erfahrungsaustausch sein, nicht aber die Angleichung, Harmonisierung oder Vereinheitlichung der kulturell unterschiedlich gewachsenen und entwickelten Bildungssysteme. Wir brauchen einen gesunden Wettbewerb der Vielfalt auch auf europäischer Ebene!

Meine Damen und Herren,

bei all diesen Überlegungen dürfen wir nicht vergessen, dass wir weltweit im Wettbewerb zu anderen Kulturen stehen. Das kann friedlichen, kreativen Wettbewerb bedeuten, wie wir ihn in den letzten Jahren im Rahmen des Zusammenwachsens der Europäischen Gemeinschaft erlebt haben.

Es kann aber auch zu blutigen Konflikten führen, wie wir sie auf dem Balkan zwischen christlichen Serben und muslimischen Albanern erlebten oder wie es uns der Terroranschlag vom 11. September auf das World Trade Center durch moslemische Extremisten schmerzlich bewusst machte. Manche sprechen gar vom Krieg der Kulturen. Somit gewinnt der Begriff Kultur für unsere Bildung eine zentrale Bedeutung.

„Kultur“ ist also nicht ein Luxus für schöne Mußbestunden, sondern ein Thema von grundlegender Bedeutung. Kultur bedeutet die ethischen und ästhetischen Maßstäbe, die das Denken, Empfinden und Handeln der Menschen leiten. Sie ist ein Koordinatensystem, in dem Menschen sich orientieren, mit dessen Hilfe sie ihren geistigen Standort bestimmen können. Kultur definiert Gemeinschaft und Zugehörigkeit und damit auch das, was uns fremd erscheint. In diesem Sinne ist das Verständnis der eigenen Kultur ein Schlüssel zur eigenen Identität und das Verständnis anderer Kulturen ein Schlüssel zu anderen Identitäten.

Unser Bildungsziel für Schüler und Studenten sollte sein, dass sie sich in das Denken, Empfinden und Handeln von Menschen in anderen Kulturen hineinversetzen können, aber auch ihre eigene Kultur begreifen, pflegen und bewahren.

Zugleich muss es unsere Zielstellung bleiben, kulturenübergreifende Maßstäbe zu

entwickeln. Weltweit verbindliche Menschenrechtsstandards, an denen sich jede Kultur messen lassen muss, sollten sowohl Lehr- als auch Forschungsinhalt sein.

In diesem Sinne ist Bildung nicht nur die Vermittlung von Fachwissen, sondern auch die Auseinandersetzung mit den ethischen Herausforderungen unserer Zeit. Die Internetfähigkeit umfasst eine geistig-kulturelle Dimension, die insbesondere das Verständnis für das Zusammenleben verschiedener Kulturen, verschiedener Völker, verschiedener Identitäten umfasst. Das bedeutet ebenso die vermehrte Ausbildung in Sprachen, als Grundlage für internationale Kommunikation.

Emigrationsbewegungen und die wirtschaftliche Globalisierung werden zu einem weiteren Ansteigen der Anzahl von Angehörigen anderer Kulturbereiche in unserem Bildungssystem führen, deren Integration wir als Chance begreifen sollten. Wenn wir Integration ernst nehmen, ist bei einem Bevölkerungsanteil von 3 Mio. Muslimen auch verstärkt der Diskurs mit dem Islam im deutschen Bildungswesen notwendig. Die Erfahrung der kulturellen Vielfalt der Welt und die Fähigkeit, Toleranz gegenüber dem Anderen aufzubringen - das sind unabdingbare Voraussetzungen für ein friedvolles Miteinander in unserer globalisierten Welt. Dazu gehören Respekt und Toleranz vor anderen Kulturen, aber auch Bewusstheit der eigenen Verwurzelung und Identität.

Es ist Aufgabe der KMK, diesen Dialog der Kulturen im In- und Ausland zu fördern.

So gesehen dient die **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** auch der Konfliktprävention und Friedenssicherung.

Die Kultusministerkonferenz muss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik wieder als Gemeinschaftsaufgabe der Länder begreifen, um durch eine stärkere Vernetzung aller Akteure das wünschenswerte Ziel einer Verstärkung des Austauschs zu erreichen und Synergieeffekte zu erzielen.

Sehr geehrter Herr Generalsekretär Professor Thies, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich weiß, dass in diesem Jahr besondere Herausforderungen und Belastungen auf uns zukommen werden. Aus der Zusammenarbeit mit Ihnen weiß ich aber auch, dass uns mit dem KMK-Sekretariat ein außerordentlich engagiertes und kompetentes Team zur Seite gestellt ist.

Deswegen freue ich mich auf die vor uns liegenden Aufgaben.

Ich wünsche uns kluge Ideen und Erfolg bei deren Umsetzung und hoffe (in diesem Sinne) auf eine konstruktive Zusammenarbeit unserer Häuser und des Sekretariats.

Meine Damen und Herren,

ich habe meine Ausführungen mit Fröbel begonnen und möchte sie mit einem Zitat beenden, das für uns richtungweisend für dieses Jahr sein könnte: „Denn wohl ist die Schule das höchste, aber nur dann, wenn sie das Leben ist.“

Ich lade Sie nun herzlich ein zu einer Präsentation der Bauhausuniversität Weimar. Es wird das Abbild einer Universität dargestellt, die Kreativität und Konstruktivität, Kunst und Technik miteinander verbindet. Ihr Programm ist die gestaltete Umwelt in all ihren Facetten, vom Bauingenieurwesen über die Architektur, das Design und die Medien bis hin zur freien Kunst. Zögern Sie bitte nicht, mit den anwesenden Künstlern ins Gespräch zu treten.

Vielen Dank.